

FPÖ: Gemeinden auf den Prüfstand!

Rechnungshof soll Kommunen unter die Lupe nehmen...

Seiten 2, 3

Landtag vom
15. Dezember 2011

Hungrige Fischotter

Gefräßige Fischotter fallen über unsere Fische her, die FPÖ fordert Geld vom Land.

Seite 2

SPÖ contra Familien

Die SPÖ will die Absetzbarkeit der Kinderbetreuung streichen!

Seite 5



FPÖ: Null-Lohnrunde!

Eine Null-Lohnrunde auch für Pleite-Bürgermeister forderte die FPÖ NÖ.

Seite 14

Ausgabe 9/11



Ein erfolgreiches Jahr 2012
wünscht der
Freiheitliche Klub im NÖ Landtag



Klubobmann
LAbg. Gottfried Waldhäusl

Unverfrozen!

In vielen Kommunen geht gar nix mehr; der Pleitegeier ist dank ÖVP- und SPÖ-Gemeindeführung längst im Landeanflug. Die Gemeindeaufsichtsbehörde hat völlig versagt! Kein Wunder, ist doch Oberpleitier ÖVP-Sobotka Vorsitzender der Gemeindeaufsicht und SPÖ-Leitner sein gleichermaßen inkompetenter Gehilfe. Jetzt ist Feuer am Dach – und daher sollte der Landesrechnungshof endlich Einblick erhalten, um ein weiteres Finanzdesaster zu verhindern.

Doch die ÖVP ist und bleibt eben die ÖVP: Während die Steuerzahler die Unfähigkeit ihrer Gemeindeoberhäupter über die Abgaben büßen, kriegen Letztere jetzt eine Gehaltsaufbesserung. Denn ÖVP-Riedl will allen Funktionären mit Bezügen bis zu 3.999 Euro ihr Geldbörstel ein wenig auffüllen. Wie man sieht, kann man auch mit Unfähigkeit, Unverfrozenheit und eben dem richtigen Parteibüchel ganz gutes Geld verdienen...

Impressum: Für den Inhalt verantwortlich: Freiheitlicher Klub im NÖ Landtag, Landhausplatz 1, Haus 1, 3109 St. Pölten.

Fischotter-Schäden: FPÖ fordert Hilfe vom Land!

Die Schäden sollen künftig zur Gänze abgegolten werden

Die Fischotter machen den niederösterreichischen Teichwirten vermehrt das Leben schwer! Die Tierbestände sind in den letzten Jahren stark angewachsen, mittlerweile sind die Tiere in ganz Niederösterreich zu Hause und fressen oft sämtliche Fische aus den Teichen. Die FPÖ brachte im Landtag einen Antrag ein, der die Abgeltung der Fischotterschäden sichern und eine sinnvolle Regulierung vorsehen soll und konnte einen Teilerfolg verbuchen.

Otter verzehren ein Kilo Fisch pro Tag

Die überbordende Population der Otter hat es in sich: Die Tiere sind hochaktive Jäger, sie verzehren im Schnitt bis zu ein Kilo

Fisch pro Tag. Bei einem „Fressrausch“ um ein Vielfaches mehr.

Mit fatalen Auswirkungen für die Teichwirte und Fischereiverbände: „Kleine Gewässer werden oft innerhalb weniger Tage leer gefischt und den Besitzern entsteht massiver, wirtschaftlicher Schaden“, weiß FPÖ-Klubobmann Gottfried Waldhäusl, „ein betroffener Betrieb etwa klagte kürzlich über einen Schaden von 15.000 Euro bei acht Hektar Teichfläche. Ebenso gibt es Fälle, wo bei kleinen Teichen ein Besatz von 150 Karpfen erfolgte und amtlich nachgewiesen nicht einmal mehr 30 Stück abgefischt wurden. Im nördlichen Niederösterreich beträgt der Gesamtschaden 1,5 Millionen Euro...

Die Ausgleichszahlungen von ÖPUL, die Teichbesitzer erhalten, sind aber für diverse Otterschäden nicht gedacht und würden zudem den vollen Schaden niemals ersetzen. „Daher muss hier das Land Niederösterreich eingreifen und die Schäden zur Gänze abgelten“, meinte die FPÖ NÖ und brachte einen Antrag ein. Die ÖVP bewegte sich zwar, eine 100-prozentige Abgeltung ist allerdings noch nicht in Sicht.

„Wir dürfen nicht mehr weiter zusehen, wie durch die Explosion der Fischotterpopulation die NÖ Teichwirtschaft an den Abgrund geführt wird. Umso erfreulicher, dass unser Antrag Anklang fand und die Teichwirte im Fall des Falles zu ihrem Geld kommen“, sagt Waldhäusl.



Die gefräßigen Fischotter fügen den NÖ Teichwirten erheblichen Schaden zu!



Gemeinden prüfen anstatt abzocken!

Teilerfolg für die FPÖ: Antrag im Unterausschuss

In Niederösterreich kreist der Pleigegeier wohl ganz besonders gern über den Gemeinden, ÖVP- und SPÖ-Bürgermeister haben ihnen da den Weg geebnet! „Durchschnittlich beträgt die Pro-Kopf-Verschuldung der NÖ Kommunen sagenhafte 2.300 Euro, wobei die Gemeinde Wölbling mit einem Minus von 7.700 Euro pro Einwohner den unrühmlichen ersten Platz der Pleite-Gemeinden einnimmt“, sagt FPÖ-Klubchef Gottfried Waldhäusl, „ihre Unfähigkeit, nachhaltig zu wirtschaften, lassen die roten und schwarzen Bürgermeister die Steuerzahlern ausbaden über Erhöhungen von Kanal bis Wasser etc.“

Die FPÖ sieht nun dringenden Handlungsbedarf: 96 Prozent aller niederösterreichischen Gemeinden

unterliegen keiner unabhängigen, öffentlichen Finanzkontrolle. Für die Freiheitlichen muss damit Schluss sein, sie fordern eine Überprüfung aller finanzmaroder Gemeinden durch den Landesrechnungshof.

Freibrief für Gebührenerhöhungen!

„Die hohe Verschuldung zeigt eines deutlich auf: Die Gemeindeaufsichtsbehörde hat als Kontrollorgan völlig versagt“, meinte Waldhäusl in seiner Landtagsrede, „dieses parteipolitisch besetzte Gremium ist nur darum bemüht, den Bürgermeistern einen Freibrief für Gebührenerhöhung zur vermeintlichen Budgetsanierung auszustellen.“ Ob die jeweilige Gemeinde jedoch ihr Vermögen durch Spekulationen verzockt oder in

Prestigeobjekte verpulvert hat, wird außer Acht gelassen...

Ohne eine umfassende Erforschung und Evaluierung der Gründe für das Finanzdesaster der Kommunen wird man keine Haushaltssanierung vornehmen können. Daher forderte die FPÖ mittels Antrag im Dezember-Landtag eine verpflichtende Überprüfung aller Kommunen, die den Budgetausgleich nicht schaffen, durch den Landesrechnungshof.

Hier konnte die FPÖ Niederösterreich einen Teilerfolg verbuchen: Ihr Antrag wurde einem Unterausschuss zugewiesen, wo jetzt über weitere Maßnahmen diskutiert werden kann. Waldhäusl: „Die Gemeinden sollen so schnell als möglich überprüft werden können...“



Alles Kaiser!

Was liest'n da?

Schau mir die Gemeindeordnung an.

Wieso, willst Bürgermeister werden? So ein richtiger Ortskaiser mit allem Drum und Dran?

Warum nicht. Die haben's doch voll gut. Fettes Salär, können überall den feinen Herren markieren und wirtschaftlich fuhrwerken wie sie wollen. Da ein kleines Bürgermeister-Prestigebauterl, dort ein super Finanzdeal in der Karibik.

Nanana, so ist es auch wieder net. Die Bürgermeister haben doch auch Kontrollinstanzen.

Auf dem Papier schon. In der Realität sitzen die aber im gleichen schwarzroten Boot und segnen sich die Wirtschafterei fröhlich gegenseitig ab. Und immer wenn's dir ins Budget regnet, füllst es ein bisserl mit höheren Abgaben auf.

Na aber die nächst höhere Instanz klopft denen doch sicher irgendwann auf die Finger? Was ist mit dem Rechnungshof?

Hallo, aufwachen! Wir sind da im Pröll-Land. Der Sobotka als Ober-Schuldenkaiser am Ruder des NÖ-Pleiteflugzeugträgers ist ja Leitfigur und Anstifter für die Gemeindeschulden! Und was die höhere Instanz betrifft: Erstens unterliegen höchstens vier Prozent der NÖ Gemeinden einer unabhängigen öffentlichen Kontrolle. Und selbst wenn der Rechnungshof was aufdeckt: Solange der Landeshauptmann selber öffentlich sagt, auch ein Rechnungshof könne irren, was soll sich da ändern bei der Finanz-Talfahrt. Weißt, was? Ich glaub' ich überleg' mir das noch mal mit dem Ortskaiser werden...

Kontakt: heimatmichl@fpoe.at

Sicherheit im Bus: SPÖ setzt Leben von Kindern aufs Spiel!

Die Sicherheit und das Leben von Kindern ist SPÖ-Ministerin Bures wohl keinen Pfifferling wert: Die Novellierung des Kraftfahrzeuggesetzes, dass die Kleinen in Bussen nicht mehr ungesichert in Schule und Kindergarten transportiert werden dürfen, wurde im heurigen Juli vom NÖ Landtag einstimmig beschlossen. Jetzt sorgt die lapidare Antwort der roten Ministerin für Aufregung! „Bures beruft sich auf Geldmangel im Linienverkehr und führt an, dass die Ausnahme von der Verwendung von Kinder-Rückhal-

teeinrichtungen in Taxis einst auf Wunsch der Wirtschaftskammer im Gesetz verankert wurde“, ärgert sich FPÖ-Sicherheitssprecher LAbg. Erich Königsberger, „eine Rücknahme dieser Ausnahme war bis dato nicht möglich!“

Die Eltern bringen ihre Kinder im Pkw angegurtet zur Busstation, dann werden sie ungesichert im Bus weitertransportiert. „Laut Bures bleibt es dabei. Die Ministerin ist somit für jedes während der Fahrt verletzte oder getötete Kind mit verantwortlich“, sagt Königsberger.



LAbg. Erich Königsberger: Mehr Sicherheit für Kinder!

B37: ÖVP verschleppt den lebenswichtigen Ausbau!

Die B37, die Zwettler Bundesstraße, hat es in sich: Speziell zwischen Krens und Rastfeld passieren immer wieder schwerste Unfälle mit Verletzten und Toten. Allein 2011 kamen auf diesem 30 Kilometer langen Abschnitt sechs Menschen ums Leben, in den letzten fünf Jahren waren es über 15 Verkehrsteilnehmer. Täglich wird die Strecke von über 12.000 Fahrzeugen frequentiert, Tendenz steigend!

Für die FPÖ NÖ Grund genug, hier seitens des Landes endlich lebensrettende Maßnahmen zu installieren. Doch was bis jetzt passierte, waren lediglich reflektierende Plastikflaschen und ein neuer Asphaltbelag im Kurvenbereich. „Nachgedacht wird auch über ein Fahrverbot für landwirtschaftliche Fahrzeuge und die Einführung einer ‚Section Control‘“, sagt FPÖ-Klubchef Gottfried Waldhäusl, „doch all das ist zu wenig!“

Die FPÖ fordert mittels Antrag den so-

fortigen vierspurigen Ausbau der B37 am „Gföhler Berg“ samt Installation einer Mitteltrennwand aus Beton.

Doch der ÖVP sind die vielen Verletzten und Toten wohl noch nicht genug, sie haben den FPÖ-Antrag in den Ausschuss schubladiert! Waldhäusl: „Der Ausbau der B37 muss so rasch als möglich umgesetzt werden, bevor weitere Menschen dort ihr Leben lassen.“



FPÖ will mehr Sicherheit auf der B37!

FPÖ-Info: Print & Web

Aktuelle Informationen über FPÖ-Aktivitäten gibt's monatlich nicht nur im Klubreport, sondern auch im Internet: Eine zusätzliche Schnellinfo nach jeder Landtagssitzung finden Sie auf unserer Homepage unter www.fp-noelandtag.at. Bitte geben Sie der FPÖ-Landesgeschäftsstelle (02742/256280 oder fpoe-niederoesterreich@fpoe.at) Ihre e-mail Adresse bekannt, um Sie schneller informieren zu können.

Kontakt: Freiheitlicher Klub im NÖ Landtag: 3109 St. Pölten, Landhausplatz 1, Haus 1; Tel.: 02742/9005-13441.

Grauslich: SPÖ will Familien bluten lassen!

Absetzbarkeit der Kinderbetreuung soll gestrichen werden

Einmal mehr sollen die Familien in Österreich unter der sogenannten Euro-Rettung leiden: SPÖ-Staatssekretär Schieder will die steuerliche Absetzbarkeit von Kinderbetreuung komplett streichen! „Diesen Vorstoß lehne ich entschieden ab“, sagt dazu FPÖ-Landesrat Barbara Rosenkranz, „den österreichischen Eltern auch noch den ohnehin kümmerlichen Freibetrag von 2.300 Euro im Jahr streichen zu wollen, ist eine Unverschämtheit!“ Die Sozialdemokraten ver-

suchen die Finanzkrise dazu zu nutzen, den Familien jeden noch so kleinen steuerlichen Ausgleich zu streichen.

Rosenkranz: „Seit Jahren bekämpft die SPÖ alles, was entgegen ihres engen ideologischen Erziehungsbildes läuft. Die tatsächlichen Lebensvorstellungen junger Menschen schauen jedoch vollkommen anders aus...“

Die Eltern wollen auch heute noch die Hauptverantwortung der Kindererziehung tragen, die zeitwei-

se Kinderbetreuung leistet laut Rosenkranz dabei unschätzbare Dienste. Es sei nicht hinnehmbar, dass diese wertvolle Unterstützung den Familien genommen werde.

Anstatt Eltern zu schröpfen, sei es an der Zeit für eine gerechte Abgeltung der Erziehungsleistungen: „Ein Steuersplitting, bei dem berücksichtigt wird, wie viele Familienmitglieder von einem Einkommen leben, wäre eine gerechte und längst überfällige Entlastung der Familien!“



Landesrat
Barbara Rosenkranz

Familien unter Druck!

Trotz Streichung der 13. Familienbeihilfe und dem Ende der NÖ Schulstarthilfe erklärt uns die politische Klasse seit Jahren: «Österreich ist im europäischen Vergleich Spitzenreiter bei den Familienleistungen!»

Doch das stimmt nicht. Die nackten Zahlen zeigen etwas ganz anderes: Von 1990 bis 2010 ist die Familienbeihilfe nur um magere elf (!) Euro gestiegen. Mit anderen Worten: Die direkte Unterstützung pro Kind stieg in 20 Jahren um nur 11,53 Prozent bei einer Inflation von 52,5 Prozent. Nur elf Euro mehr als 1990. Das entspricht einem Werteverlust seit 2002 bei der Familienbeihilfe von rund 40 Prozent. Beim Kinderbetreuungsgeld verlieren die Familien 25 Prozent.

Damit nimmt Österreich nach der aktuellsten OECD-Studie bei den Familienleistungen keinen Spitzenplatz ein, sondern landet im grauen Mittelfeld. Trotz allem plant die Regierung schon weitere Grauslichkeiten, wie die ersatzlose Abschaffung des Kinderbetreuungs-Freibetrages von 2.300 Euro im Jahr.

Ein Schlag ins Gesicht jeder Familie!

Unsere österreichischen Familien müssen endlich gezielt entlastet werden und nicht weiter als Belastung dargestellt werden.

EU-„Nein“ als Vorbild?

Britischer Premier legt sich quer und erzürnt die Fanatiker

Kaum war der Brüsseler Gipfel vorbei, begann auch schon das gegenseitige Schulterklopfen der EU-Granden. So wurde betont, wie erfolgreich die neu geschaffene Fiskalunion durch automatische Sanktionen gegen Haushaltssünder, Schuldenbremsen und den vorgezogenen Rettungsmechanismus ESM sein werde. „Es hieß, keine faulen Kompromisse für den Euro zu machen, und das ist uns gelungen“, jubelte die deutsche Kanzlerin Angela Merkel.

Doch ein „Bösewicht“ trübte die scheinbar so heile Stimmung. Mit dem „Nein“ zu einer Änderung des europäischen Vertragswerkes hat sich der britische Premi-

er David Cameron den Groll der EU-Fanatiker zugezogen. Der designierte Präsident des EU-Parlaments, der bundesdeutsche Sozialdemokrat Martin Schulz, preschte aufgeregt vor. In der „Bild am Sonntag“ erklärte er, er halte ein Ende der Mitgliedschaft Großbritanniens in der Europäischen Union für durchaus möglich: „Ich habe Zweifel, ob Großbritannien langfristig in der EU bleibt [...] Die EU kann notfalls ohne Großbritannien, aber Großbritannien hätte größere Schwierigkeiten ohne die EU“. David Cameron habe „ein gigantisches Eigentor“ geschossen, so Schulz. Die unbeherrschte Wut der politischen und medialen

Klasse teilt das britische Volk jedoch mehrheitlich nicht. Die englische „Mail on Sunday“ hatte am letzten Wochenende in einer Online-Umfrage ermittelt, dass 62 Prozent der Briten die Meinung Camerons teilen. „Die Ergebnisse der Meinungsumfragen stehen symbolhaft für die Situation in den allermeisten EU-Mitgliedstaaten. Während die politische Kaste für einen Souveränitätsverzicht der nationalen Parlamente und einen EU-Bundesstaat trommeln, wenden sich die ungefragten Bürger mehr und mehr angewidert von der Willkür der eigenen Volksvertreter ab“, so FPÖ-Landesrat Barbara Rosenkranz.



**Ing. Schütz GmbH & Co. KG.
3385 Prinzersdorf Wachaustr.3**

Ihr zuverlässiger und kompetenter Partner in Sachen Holz !

Unsere Leistungen für Sie im Überblick:

Planung und Ausführung von

- Dachkonstruktionen aller Art
- Niedrigenergiehäuser
- Um- und Zubauten mit vorgefertigten Elementen
- Innenausbau samt Wärmedämmung
- Wintergärten
- Carports, Pergolen
- Und vieles mehr

Fragen Sie uns, wir beraten Sie gerne

Tel. 02749-2309, Fax 02749-8852
e-Mail: office@holzbau-schuetz.at

FPÖ-Erfolg: Kanalgebühr für Haussanierer geringer!

Keineswegs gerecht ist die Abrechnung der Kanalgebühren in Niederösterreich: Die flächenbezogene Berechnung führt teilweise zu untragbaren finanziellen Belastungen für die Menschen. „Etwa alleinstehende Personen, die sich mit ihren geringen Pensionen oft die Gebühren für ihre teilweise leerstehenden Liegenschaften nicht leisten können...“, weiß FPÖ-LAbg. Christian Hafenecker. Die FPÖ fordert schon seit Jahren eine Neuregelung des Kanalgesetzes nach einem 50:50-Mischsystem (Flächenberechnung/Wasserverbrauch), doch ÖVP und SPÖ wollen die Menschen lieber bluten lassen.

Vollwärmeschutz sorgt für höhere Kanalgebühren!

Mittlerweile sind noch dazu einige Fälle bekannt geworden, wo Kommunen im Zuge von Neuvermessungen der Liegen-

schaften die Kanalgebühren noch mal in die Höhe getrieben haben. Der Grund: Die Eigentümer haben am Gebäude einen Vollwärmeschutz angebracht, der eine Vergrößerung der Außenmaße nach sich zog – und somit eine Erhöhung der Kanalgebühren. „Für diese Menschen hat sich der Wohnraum in keiner Weise vergrößert, sie haben mit thermischen Sanierungsmaßnahmen lediglich dafür Sorge getragen, nachhaltiger mit Ressourcen umzugehen und mitgeholfen, die Klimaziele zu erreichen“, sagte Hafenecker in seiner Landtagsrede, „und dafür werden sie noch bestraft...“

Hier konnte die FPÖ nun einen Erfolg verbuchen: Bis zur Novellierung des NÖ Kanalgesetzes wird eine Regelung beschlossen, thermische Sanierungsmaßnahmen nicht in die Berechnung der Kanalgebühren miteinzubeziehen!



Hafenecker: Mehr Gerechtigkeit!

Schiefergas in Poysdorf: Fahrlässige ÖVP will Probebohrungen verhindern!



FPÖ für Probebohrungen in Poysdorf!

Ein Schiefergasvorkommen wurde in der Umgebung von Poysdorf entdeckt, Probebohrungen sind aber für ÖVP-Minister Berlakovich trotzdem kein Thema!

„Eine unverständliche Haltung“, sagt dazu FPÖ-Klubobmann Gottfried Waldhäusl, „wenn wir die einmalige Möglichkeit haben, durch die Förderung dieser Vorkommen den gesamten Gasbedarf unserer Republik über mehr als 30 Jahre hinweg und unabhängig vom Ausland abzudecken, dürfen wir diese nicht vorzeitig ablehnen...“ Die Haltung von Berlakovich sei grob fahrlässig!

„Selbstverständlich darf das

Trinkwasser von Poysdorf und Umgebung durch die Gasförderung nicht beeinträchtigt werden“, so Waldhäusl, „wir sind natürlich auch für Natur- und Umweltschutz. Man muss der Wissenschaft Zeit und den Auftrag geben, um ein umweltverträgliches Gasförderprogramm zu entwickeln. So sehen es auch die Experten von der Montanuni Leoben...“

Waldhäusl hofft, dass sich innerhalb der ÖVP dann die vernünftigen Kräfte durchsetzen und die schwarzen „Blockierer“ Berlakovich und Pernkopf in die Schranken verweisen!



Ball, Preise, Punsch & blauer Advent

Die vorweihnachtliche Hektik machte auch vor der FPÖ Niederösterreich nicht halt, doch wie immer kam die Geselligkeit nicht zu kurz: So gaben sich etwa [Gottfried Waldhäusl](#), [Erich Königsberger](#), [Hannes Böck](#) und [Karin Endl](#) in der Whisky-Brennerei Roggenreith ein Stelldichein. Weiters wurde das FPÖ-„Urgestein“, Ex-Vizeleutnant [Josef Riegler](#) von der Radetzky-Kaserne Horn mit dem Ehrenzeichen für Verdienste um das Bundesland NÖ ausgezeichnet! Die Freiheitlichen Arbeitnehmer hielten in Gaming eine Landesvorstandssitzung ab, [Martin Huber](#) war mit dabei. [Christian Hafenecker](#), AUF-Personalvertreter [Alfred Schlager](#) und Bezirksparteiobmann [Peter Gerstner](#) statteten der Polizeiinspektion Günselsdorf einen Besuch ab, klarerweise mit einem blauen Adventkranz als Mitbringsel.

Freude bei NAbg. [Edith Mühlberghuber](#): Sie wurde beim „Childrens Planet Award 2011“ in der Kategorie Politik ausgezeichnet, und beim 1. Tullner Cityball amüsierten sich [Christian Höbart](#), [Christian Lausch](#), [Benno Sulzberger](#), [Udo Landbauer](#) u.v.m.



FPÖ-„Urgestein“
Josef Riegler
mit dem Ehrenzeichen



FA-Vorstand
in Gaming...

Seitenblicke



Ein blauer Adventkranz (oben) für die Damen und Herren Inspektoren in Günselsdorf.



„Childrens Planet Award 2011“ für Abg. Edith Mühlberghuber (re). Gratulation!

„Jergstein“ Josef wurde ein Ehrenzei-
-liehen (li).



Jede Menge Feschaks beim Tullner Cityball (li).

andsklausur in



Nikolo, neuer Bahnhof und Operette pur

Und noch ein paar Veranstaltungen, wo die FPÖ Niederösterreich fest mitmischte: Nicht einmal für die eigene Mutter zu erkennen war am 6. Dezember der umtriebige Nikolaus in Kleingöpfritz. **Gottfried Waldhäusl** hatte Sakko und Krawatte gegen ein knallrotes Nikolo-Kostüm gewechselt und erfreute die Kinder mit allerlei Naschereien. Viel Spaß hatten die Waldviertler auch beim Punschstand in Dietmanns, **Gottfried Waldhäusl** war dabei. Auch in Allentsteig lud die FPÖ zu heißen und leckeren Getränken, **Alois Kainz** und sein Team freuten sich über großen Andrang.

Bei der Eröffnung des Bahnhofs Melk ließen sich **Leopold Mayerhofer**, **Martin Huber** und **Erich Königsberger** sehen, während Letztgenannter sich gemeinsam mit **Klaus Otzelberger** und Operettendiva **Petra Halper** bei einer feinen Operettengala in St. Pölten feinsten Klänge erfreuten. Weihnachtsstimmung in Lilienfeld, zahlreiche Funktionäre und Freunde huldigten das Christkind!



Klubchef inkognito: Am 6. Dezember einmal anders...

Seitenblicke



*Punsmärkte allüberall:
Gesellige Zusammentreffen
gehören einfach dazu!*

FPÖ fordert generelle Freifahrt für alle Schüler!

Königsberger: Ungleichbehandlung widerspricht dem Gesetz

„Schülerfreifahrt wird derzeit nur jenen Kindern und Jugendlichen zuerkannt, welche an mindestens vier Tagen in der Woche den Weg zur und von der Schule zurücklegen. Schüler, die an weniger als diesen vier Tagen den Schulweg zurücklegen, sind von der Inanspruchnahme der Freifahrt ausgeschlossen“, so FPÖ-Verkehrssprecher LAbg. Erich Königsberger.



Freie Fahrt im Schulbus für alle Schüler Niederösterreichs!

Internatsschüler fallen durch den Rost!

„Vor allem für Schüler in Internaten ist eine viermalige Heimreise auf Grund der großen Entfernung zwischen

Schule und Hauptwohnsitz zeitlich nicht möglich. Es ist absurd, dass Schüler, die durch weniger Fahrten auch weniger Leistung der

öffentlichen Hand in Anspruch nehmen, gegenüber jenen mit regelmäßiger Inanspruchnahme schlechter gestellt sind – dies widerspricht

auch dem verfassungsmäßigen Grundrecht auf Gleichheit vor dem Gesetz“, sagt der Abgeordnete.

„Diese eklatante Schlechterstellung im Familienlastenausgleichsgesetz gehört repariert, die FPÖ fordert daher eine dementsprechende Novellierung dieser Bestimmung. Familienminister Mitterlehner ist aufgefordert hier eine gerechte Neuregelung der Schülerfreifahrt zu schaffen – die kann nur heißen: Generelle Freifahrt für alle Schüler, auch an Wochenenden, Feiertagen und den Ferien, so Königsberger weiter.

Antrag im NÖ Landtag einstimmig angenommen.

Trinkwasser-Misere: FPÖ fordert Aufklärung!



Betreffend der Trinkwasser-Verunreinigung in Korneuburg hat FPÖ-Agrarsprecher LAbg. Benno Sulzberger (li) eine Anfrage an den verantwortlichen ÖVP-Landesrat gestellt.

Pestizidfirma betreibt Schadensbegrenzung

„Im Frühjahr wurde bei Untersuchungen des Trinkwassers eine erhöhte Konzentration des Pflanzenschutzmittels Thiame-thoxam festgestellt“, sagt Sulzberger, „ein Zusam-

menhang mit dem Störfall einer ortsansässigen Pestizidfabrik wird vermutet, und das betreffende Unternehmen übernimmt auch die Kosten für die Maßnahmen zur Verminderung der Schadstoffkonzentration...“

Diese Tatsache wirft für den Abgeordneten nunmehr einige Fragen auf. Sulzberger: „ÖVP-Pernkopf muss endlich über die wahren Ursachen für diese unzumutbare Verunreinigung des Trinkwassers Rede und Antwort stehen. Rührt die

erhöhte Konzentration des Pestizids tatsächlich vom Unfall dieser Fabrik her, oder gelangte sie womöglich durch Verwendung von Beizmitteln durch die Landwirtschaft ins Grundwasser?“

Recht auf die Wahrheit und sauberes Trinkwasser

Die besorgten Bürger von Korneuburg haben ein Recht darauf, über die wahren Ursachen der Trinkwasserverschmutzung informiert zu werden!

KLUBBRIEFKASTEN

Leser schreiben an die Redaktion

Horrorstrecke B37!

Die B37 ist streckenweise eine echte Katastrophe, gefährliche Situationen sind irgendwie an der Tagesordnung. Ich wohne in der Nähe von Lichtenau und hab nicht selten ein ungutes Gefühl, wenn ich diese Straße befahre. Als alleinerziehende, berufstätige Mutter von drei schulpflichtigen Kindern fahre ich wochentags täglich zu meinem Arbeitsplatz, zu der einen oder anderen Schule, zum Ballettunterricht usw. Speziell am Gföhler Berg, aber auch an anderen Stellen, kommt es immer wieder zu waghalsigen Überholmanövern oder zu anderen gefährlichen Situationen. Wie oft hab ich mir schon gedacht: „Na, der hat aber jetzt hundert Schutzengeln gehabt.“ Endlich nimmt sich jemand, die FPÖ, um dieses Problem an, und fordert Maßnahmen für die Sicherheit der Autofahrer. Hoffentlich sieht sich Landeshauptmann Pröll durch eine solche Maßnahme ein paar Wählerstim-

men mehr, sonst passiert erst recht wieder nichts.

Maria M., per E-Mail

Otter lass nach

In Brüssel gibt's keine Fischeiche, sonst hätten die Herren vermutlich schon einen Raketenangriff auf die Otter angeordnet. Ja, sie sehen possierlich aus. Ja, sie sind schützenswert. Doch wer, so wie ich, einmal gesehen hat, wie Fischotter ihrem Namen gerecht werden können, wenn sie in einem Gewässer wüten, der kennt auch die andere Seite. Tote Fische mit abgebissenen Köpfen, aufgerissene Leiber, die Innereien verteilt – wie ein Killer im Bluttausch. Die Schäden für Fischzüchter, egal ob professionell oder im Privatteich, sind enorm. Ich bin der Meinung, dass Vernunft hier vorgehen muss. Eine zeitlich begrenzte Regelung zur Regulierung des Otterbestandes ist sicher ein gangbarer Weg.

Erich St., per mail

Niedergang

Da heißt es immer, Österreich sei ein reiches Land, und dann muss ich vernehmen, dass in Niederösterreich eine horrende Pro-Kopf-Verschuldung herrscht. Ich hab dann im Internet recherchiert und rausgefunden, dass es mit den Finanzen in den Gemeinden bei Gott nicht zum Besten steht. Da frage ich mich, welches Anforderungsprofil ein Bürgermeister eigentlich haben muss? Muss der auch etwas können oder genügt das Parteibuch und ein bissl Kriechen bei Entscheidungsträgern in der Partei? Mir scheint, letzteres ist der Fall.

Ich frage mich zudem, wer diesen unfähigen Spaßpolitikern auf die Finger schaut? Vermutlich kein Mensch, denn sonst wären die Kassen der Gemeinden wohl besser gefüllt und die Leute würden weniger Steuern zahlen müssen. Hoffe, da ändert sich mal was, irgendwas stimmt im System nicht.

K. Hübner, Baden

Groß-Enzersdorf: Gymnasiasten müssen zum Turnen „auspendeln“!

Sachen gibt's, die gibt's gar nicht: Das Gymnasium Groß-Enzersdorf besteht seit vier Jahren – und hat noch immer keinen Turnsaal. „Die Kinder müssen für den Turnunterricht in die Volksschule und in den Nachbarort ausweichen“, sagt LAbg. Martin Huber (Bild re), „SPÖ und ÖVP begnügen sich mit großen Worten, geschehen ist bis dato aber nichts. Wir fordern den raschen Bau eines Turnsaals!“



Pflichtschul-Förderung für Erwachsene!

Eine Menge Geld wird jetzt in Niederösterreich wieder in die Hand genommen, um Pflichtschul-Lehrgänge für Erwachsene aufzustocken. LAbg. Ing. Martin Huber: „Es ist traurig, dass man in diesem Bereich überhaupt investieren muss, bezeichnet die ÖVP Niederösterreich doch immer als ‚Bildungsmusterland‘. Vielmehr sollte man ein Nachholen eines späteren Pflichtschulabschlusses von vornherein vermeiden...“



FPÖ: Null-Lohnrunde für Pleite-Ortschefs

Ein ganz besonderes Weihnachtsgeschenk hat sich die ÖVP (auch) für ganz besonders unfähige Bürgermeister einfallen lassen: Laut dem Präsidenten des NÖ Gemeindevertreterverbandes, Alfred Riedl, sollen Gemeindefunktionäre mit Bezügen bis zu 3.999 Euro eine Gehaltsanpassung erhalten!

Schlag ins Gesicht aller Steuerzahler

„Eine Unverfrorenheit und ein Schlag ins Gesicht der permanent abgezockten Steuerzahler“, sagt dazu

FPÖ-Klubchef Gottfried Waldhäusl im Dezember-Landtag, „wir fordern mittels Antrag eine Null-Lohnrunde für Pleite-Bürgermeister!“ Erst 2008 haben ÖVP und SPÖ im Landtag ihren Ortskaisern die Bezüge um bis zu 150 Prozent erhöht. „Stellt sich die Frage, wofür diese überhaupt belohnt werden sollen“, ätzt Waldhäusl, „vielleicht dafür, dass 70 Prozent der niederösterreichischen Gemeinden den Budgetausgleich nicht mehr schaffen und der Pleitegeier längst zum Wappentier der meisten Kommunen geworden ist! Wir liegen

mit unserer Forderung nach einer Landesrechnungshof-Prüfung vollkommen richtig. Es muss Schluss damit sein, dass schwarz-rote Bürgermeister ihre Kommunen abwirtschaften...“

Doch selbstredend hielten die Abgeordneten von Schwarz und Rot ihren Handlangern in den Gemeinden die Stange: Die Funktionäre mit Bezügen bis 3.999 Euro erhalten sehr wohl eine Aufbesserung. „Ein handfester Skandal! Das muss man den Menschen erklären, die permanent mehr Steuern zahlen“, ärgerte sich Waldhäusl.

ÖVP-Schuldenkaiser mimt jetzt den Sparmeister!

Seine Scheinheiligkeit stellte Landeshauptmann Pröll wieder einmal eindrucksvoll unter Beweis: In Medienberichten forderte er mit erhobenem Zeigefinger bundesweit Reformen im Beamtensystem und verweist auf das „beispielhafte Niederösterreich“!

„Ein schlechter Treppenwitz“, sagt dazu FPÖ-Landesgeschäftsführer Ing. Martin Huber, „gerade in diesem Bereich liegt in seinem eigenen Bundesland etliches im Argen, von Einsparungen ist weit und breit nichts zu bemerken...“ Dem Landesfürsten dürfte entgangen sein, dass Niederösterreich unter seiner ÖVP-Herrschaft mit Abstand die

höchsten Schulden aller Bundesländer aufweist: Milliarden für die Pleitegriechen und Verscherbelung des Familiensilbers!

„So sieht die Finanzpolitik der NÖ ÖVP aus“, ärgert sich Huber, „das System von Pröll hat unser Bundesland finanziell abgewirtschaftet... Laut Huber würden die Schwarzen nicht sparen, dafür aber um so mehr die Bürger abzocken: „Vernünftige Einsparungen wären unter anderem bei den Repräsentationskosten der NÖ Landesregierung möglich, aber Pröll & Co lassen die Bürger lieber durch Streichungen im Sozial- und Familienbereich bluten...!“

Grundbesitzer dürfen jetzt mehr mitreden!

Großer Erfolg für Niederösterreichs Grundstücksbesitzer: Auf FPÖ-Antrag wurde im Dezember-Landtag beschlossen, das Verfahren zu Änderungen bei Zusammenlegungsgebieten von der Behörde erst dann eingeleitet werden, wenn die Hälfte der Grundstücksbesitzer dafür ist.

Verfahren dauern oft zehn bis 15 Jahre

„Die derzeit gängige Praxis ist für alle Beteiligten unbefriedigend und letztlich kontraproduktiv“, sagte FPÖ-LAbg.

Benno Sulzberger in seiner Landtagsrede, „es werden von der Behörde Verfahren betreffend Änderungen in Zusammenlegungsgebieten eingeleitet und es ist nicht absehbar, ob die Mehrheit oder ein Großteil der Grundstücksbesitzer dies auch befürwortet!“ Die Folge: Es kommt nicht selten zu vielen Einsprüchen, die Verfahren dauern daher oft zehn bis 15 Jahre...

Die FPÖ freut sich nun über die Zustimmung zu ihrem Antrag im NÖ Landtag, jetzt muss nur noch der Bund seinen Sanktus geben.

Initiative Freiheitliche Frauen: Edith Mühlberghuber ist die neue Obfrau!

Bei der Landesgeneralversammlung der Initiative Freiheitliche Frauen wurde FPÖ-NAbg. Edith Mühlberghuber einstimmig zur neuen Landesobfrau für die nächsten drei Jahre gewählt. Als Stellvertreter werden Landesparteiobfrau Barbara Rosenkranz, Stadtrat Christa Kratochwil und Bezirksparteiobfrau Karoline Deisl fungieren. Rosenkranz gratulierte Mühlberghuber herzlich! Oberstes Ziel der FPÖ-Frauenpolitik ist es, ein zeitgemäßes Frauenbild zu stärken, das auch im Einklang mit Kindern und Familie steht.



FPÖ: Gleiches Recht für Mutter und Vater!

Tauchner will Einführung der gemeinsamen Obsorge

Die künftige Rolle der Jugend in Niederösterreich widmete FPÖ-Sozialsprecher LABg. Edmund Tauchner seine Landtags-Rede: „Wir fordern die Landesregierung auf, endlich aktiv zu werden und echte, zeitgemäße Voraussetzungen für unsere Heranwachsenden zu schaffen. Dazu gehört auch die Einführung der gemeinsamen Obsorge...“

Generell legt Tauchner hinsichtlich der Jugendwohlfahrt auf eine zeitgemäße Hilfe für Eltern und Ju-

gendliche Wert: „Die Parameter der Einflüsse auf die Entwicklung der jungen Menschen verändern sich weit schneller als bisher wahrgenommen.“

20 Jahre altes Jugendgesetz überholt

Darauf ist Bedacht zu nehmen, denn welche Relevanz kann ein Jugendwohlfahrtsgesetz heute noch haben, das vor 20 Jahren noch stimmig war...?“ Die mobile Betreuung bzw. eine amublante Erziehungsbera-

tung etc. seien hier durchaus wichtige Themen!

Von großer Bedeutung für Tauchner ist es auch, in der Jugendwohlfahrt dem Jugendschutz mehr Wertigkeit beizumessen. Hier bedarf es allerdings mehr finanzieller Ressourcen und keiner Kürzung um fast sechs Millionen Euro. „So schön es auch sein mag, alle paar Jahre einige textliche Veränderungen im Gesetz anzupassen oder abzuändern“, so Tauchner, „letztlich ist dies nur Augenauswischerei!“



LABg. Edmund Tauchner fordert die gemeinsame Obsorge.

ÖVP streicht Häuslbauern die Wohnbauförderung!

Ihr „Vergehen“: Sie wollen ihr Eigenheim mit Gas beheizen...

Dem Kommunismus kann die ÖVP NÖ einiges abgewinnen – und liefert einen sozialen Eisstoß der Sonderklasse! Der FPÖ liegen mehrere Schreiben der NÖ Landesregierung vor, in den Häuslbauern generell die Wohnbauförderung verwehrt wird. Ihr „Vergehen“: Sie wollen mit Gas beheizen...

„Das ist schwarze Raubritterpolitik pur! Es muss doch jedem Menschen frei gestellt sein, wie er sein Haus beheizen will“, ärgert sich FPÖ-Klubchef Gottfried Waldhäusl, „die Schwarzen schrecken angesichts des von ihnen angerichteten Finanzdesasters nicht einmal



Gottfried Waldhäusl: Keine Förderung mehr für Gaskunden!

mehr davon ab, die Häuslbauer um ihre Förderung zu bringen. Man wirft hier Bürgern, die ihren Traum vom Eigenheim verwirkli-

chen wollen, Prügel vor die Füße...“

Paradox in diesem Zusammenhang: Die landeseigene EVN, die Niederösterreichs

größter Gasanbieter ist, hat in den letzten Jahren Millionen in den Ausbau des Gasnetzes investiert. Jetzt sägt der eigene Besitzer an ihrem Ast!

„Die katastrophale Finanzpolitik der ÖVP wird somit um eine Facette reicher, dieses Mal auf Kosten der Häuslbauer“, sagt Waldhäusl, „wir Freiheitliche verwehren uns gegen den Raubzug der Pröll-Raubritter, die soziale Eiszeit muss aufgebrochen werden. Ein ‚Ja‘ zu erneuerbaren Energien heißt Investition in deren Weiterentwicklung, und nicht den Menschen Förderungen für bisherige Heizsysteme zu streichen.“

Stössing: Mutter, Kind delogiert!

Die Obdachlosigkeit drohte ihrer Mutter und ihrer neunjährigen Tochter in Stössing – zwei Tage vor Weihnachten. „Grund dafür war ein in Vergleich des in Trennung lebenden Ehemannes mit dem Hauseigentümer gegen den Willen der Mutter“, so LAbg. Erich Königsberger, „das Gericht darf hier nicht zum Handlanger des Rosenkrieg führenden Ehemannes werden. Die Delogierung wurde verschoben.“

ÖBB vernichten jetzt in St. Pölten 430 Jobs!

„Hinter dem schönen Wort ‚Restrukturierung‘ versteckt sich im Zusammenhang mit dem Technischen Service Werk der ÖBB in St. Pölten nichts anderes als ein Jobvernichtungsprogramm“, zürnt FPÖ-Verkehrssprecher LAbg. Erich Königsberger, „dank der Zusperr- und Vernichtungsorgie von SPÖ-Ministerin Bures wissen 430 Menschen nicht, wie es mit ihnen weiter geht!“ Nach dem Verkludern der Nebenbahnen, der Einführung

pendlerfeindlicher Fahrtakte, der unzumutbaren Ausdünnung des Personen- und Güterverkehrs schlägt die ÖBB nun in St. Pölten zu. Königsberger: „Ich vermisse

den Aufschrei von SPÖ-Bürgermeister Stadler! Pröll & Co sollten anstatt bei Weintauf-Veranstaltungen lieber bei Ministerin Bures vorstellig werden...“

Österreichische Post AG / Firmenzeitung 11Z038934